

AUSBLICK

Rahul Peter Das

Lassen Sie mich nun eine Kontextualisierung versuchen, die das Erörterte in den vorgegebenen Zusammenhang stellt! Dazu möchte ich zuerst aus der 2000 gehaltenen Rede des damaligen österreichischen Vizekanzlers und Außenministers Wolfgang Schüssel bei seiner Aufnahme des Postens des Amtierenden Vorsitzenden der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)* zitieren:

"Sicherheit wird auch heute noch durch Armeen, Soldaten, Waffen und militärische Aggressionen bedroht. Aber in der Mehrzahl der Fälle sind Krisen nicht mehr so sehr Aggressionshandlungen zwischen Staaten als vielmehr die Auswirkungen einer "unzivilen" Gesellschaft, die von Mangel und Not, von gravierenden Verletzungen der Menschen- und Minderheitenrechte, von organisierter Kriminalität und ökologischen Verheerungen geprägt ist. ... Die Förderung einer Kultur der Konfliktverhütung ist die eigentliche Aufgabe jeder vorausschauenden Friedens- und Sicherheitspolitik."¹

Eine Analyse einiger der Aussagen in diesem Zitat wird bei der angestrebten Kontextualisierung hilfreich sein.

Der Hinweis darauf, dass Krisen nicht nur durch Aggressionshandlungen zwischen Staaten entstehen, ist sicherlich wichtig. Allerdings wäre zu fragen, was mit dem Begriff "Staat" gemeint ist. Kann oder muss es sich nur um ein von bestimmten internationalen Organisationen anerkanntes Gebilde handeln? Es sei auch darauf hingewiesen, dass der Staat, von dem hier offenbar ausgegangen wird, vorstellungsgemäß vor allem ein Produkt europäischer Geschichte und Geistesgeschichte ist, dessen Relevanz für andere Weltregionen nicht notwendigerweise gegeben sein muss. In diesem Zusammenhang darf ich Hans-Joachim Spanger zitieren:

"Vielmehr scheint in Afrika ... Hegels aufklärerische Vision von der Dominanz des Staates, der als Verwirklichung der Vernunft, der ethischen Idee, der Bestimmung, die Gesellschaft zusammenhält, definitiv ad absurdum geführt. Im Unterschied zu dem langwierigen europäischen Prozess der Emanzipation des Staates als Institution von den Personen, die in ihm die führenden Positionen bekleiden, existiert dort der Staat weder in der Vorstellung noch in der Praxis jenseits personaler, clan- oder stammesgebundener Loyalitäten. Folglich kann er seine Herrschaftsrolle letztlich nur simulieren ... ein Zustand, der offenkundig perpetuiert und nicht ohne weiteres im Prozess der Modernisierung überwunden wird."²

Dies ist nur eine Facette der Staatlichkeitsproblematik. Auch aus aktuellen Diskussionen bekannte Begriffe wie *Parastaatlichkeit*, *Quasi-Staatlichkeit*, *failed states*, *low intensity conflicts*, *post-nationalstaatliche Konflikte* usw. machen aus jeweils anderen Blickwinkeln auf dieses Problem aufmerksam. Es stellt sich daher die Frage nach den begrifflichen Parametern, die einer sicherheitsrelevanten Diskussion zugrunde liegen und die die Richtung, die diese Diskussion nimmt, vorbestimmen können. Daraus folgt wiederum die berechtigte Frage, ob die Begriffe und Kategorien, auf denen sicherheitsrelevante Debatten in Europa basieren, tatsächlich der Wirklichkeit angemessen sind – oder überhaupt relevant.

In diesem Zusammenhang könnte man etwa den Kaschmir-Konflikt als ein Beispiel für die Probleme anführen, die die Trennung in staatliche und nichtstaatliche Bereiche mit sich bringt, Probleme, die eher in der Begrifflichkeit und dadurch in den Denkkategorien liegen als in der Sache selbst. Ist dieser Konflikt zwischenstaatlich oder nicht? Außerdem zeigt er die typischen Merkmale von einem *low intensity conflict*, bei dem eine strikte Trennung zwischen Krieg und Frieden beziehungsweise Nicht-Krieg schwer fällt. Da gerade dieser Konflikt von vielen als potentiell einer der gefährlichsten weltweit eingestuft wird, sind diese Fragen alles andere als akademisch, denn sie prägen in nicht unerheblichem Maße die Wahrnehmungen des Konflikts durch andere und eventuelle auf ihn bezogene Maßnahmen.

Andererseits darf man auch fragen, ob es sich tatsächlich so verhält, dass die Bedeutung von zwischenstaatlichen Aggressionshandlungen geringer wird, oder ob hier eventuell im europäischen Kontext gemachte Erfahrungen und gehegte Vorstellungen verallgemeinert werden, wie etwa im Falle von Francis Fukuyamas These von dem "Ende der Geschichte",³ die auf einer US-Perspektive und einer vom Kalten Krieg eingeengten Weltsicht basierte und von den Ereignissen überholt wurde. Betrachten wir nämlich einige der Beiträge dieser Tagung zu Südasiens, beispielsweise die von Maaß und Siegfried, so kommen wir nicht umhin zu konstatieren, dass hier Konflikte und Konfliktpotentiale auch gerade durch das Herausbilden von Staats- und Nationsideologien beziehungsweise -gedanken gefördert werden, die zwischenstaatliche Aggressionen schüren. Die nächste Tagung, auf der auch Staaten wie Russland und China besprochen werden sollen, dürfte weiteres einschlägiges Material liefern. Daraus folgt, dass wir global gesehen durchaus mit gleichzeitigen, gegenläufigen Tendenzen rechnen sollten.

Noch wichtiger erscheint mir aber der letzte Satz des Schlüssel-Zitats. "Friedens- und Sicherheitspolitik" ist eine Kopplung, die zwar sicherlich im Kontext der Rede zu sehen ist, aber auch allgemein als einer in Europa weit verbreiteten Vorstellung entsprechend gelten darf. Doch ist diese Verbindung keinesfalls zwingend, sowohl als Zielvorgabe wie auch faktisch. Ein schönes Beispiel liefert der von uns besprochene Kaschmirkonflikt, der eventuell gerade durch Nichtfriedlichkeit Sicherheit produzieren kann, indem er eine Destabilisierung Pakistans verhindert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch etwas anderes hervorheben, nämlich die gedankliche Verbindung von Sicherheit und Frieden als Grundlage für eigene Ziele und Handlungen. Man denke beispielsweise an die Ausübung von Macht und die Anwendung von Gewalt, um seine Ziele zu erlangen. Das führt unweigerlich zur Frage des Verhältnisses zwischen der Durchsetzung von Eigeninteressen und ethisch-moralischen Zielsetzungen, das entscheidend für die Grundausrichtung aller nachfolgenden Überlegungen ist. Schon in meiner Einführung habe ich auf Positionen der USA hingewiesen, die nicht mit der angeführten Verbindung von Friedens- und Sicherheitspolitik im Einklang sind, und die hier abgedruckten Indien-Beiträge zeigen, dass wir auch in Bezug auf dieses Land nicht ohne weiteres von einer solchen Kopplung ausgehen können. China haben wir zwar noch nicht berücksichtigt, doch dürfte hier ein Hinweis auf die angebliche Fehleinschätzung der chinesischen Grundhaltung zur Gewaltanwendung durch Jawaharlal Nehru im Jahre 1962 nicht fehl am Platze sein.

Insofern stellt sich schon jetzt die Frage, ob eine derartige Verbindung ein Eckpfeiler europäischer Sicherheitsdoktrin sein sollte oder nicht, besonders dann, wenn die durch eine solche Verbindung bedingte Hintanstellung von europäischen Eigeninteressen den Europäern selbst schaden könnte. Damit verbunden ist auch die Frage nach der eigenen Einstellung anderen gegenüber. Geht man vielleicht stillschweigend davon aus, dass Europa nicht nur andere dazu bringen müsse, friedlich zu sein, sondern auch tatsächlich in der Lage ist, dies zu bewerkstelligen? Sollte dies zutreffen, bestünde eventuell gerade durch eine mögliche Fehleinschätzung der eigenen Bedeutung und der eigenen Möglichkeiten die Gefahr des Schürens oder Provozierens von Konflikten in Situationen, in denen man eigentlich nur Gutes tun möchte.

Das sind Grundsatzfragen, die schon allein zwingen könnten, einige der hier zur Sprache gebrachten Fakten und Gedanken zu Indien unter anderen Gesichtspunkten zu überdenken. Schon jetzt scheint der Schluss nahezuliegen, dass alle der vier bereits erörterten oder zu erörternden Großmächte, Indien, die USA, Russland und China, sich in einigen Aspekten grundsätzlich von Europa unterscheiden, etwa indem sie ihre Sicherheitsdoktrin eher nach pragmatischen Gesichtspunkten gestalten und nicht nach ethisch-moralischen oder ideologischen. So wurde beispielsweise während der Tagung darauf hingewiesen, dass in einer gewissen Phase des Kalten Krieges der größte kapitalistische Staat (die USA) und der

größte kommunistische Staat (China) eine gemeinsame Front bildeten gegen die gleichermaßen gemeinsame Front aus dem größten sozialistischen Staat (die UdSSR) und der größten Demokratie (Indien).

Es wäre allerdings auch zu eruieren, ob eine Sonderstellung Europas, sollte sie tatsächlich gegeben sein, nicht ein Resultat der fehlenden Einheitlichkeit Europas als Staat sein könnte, da die widerstreitenden Interessen der verschiedenen europäischen Staaten die Einigung auf abstrakte Vorgaben und Ziele leichter machen könnten als auf konkrete.

Indien stand am Anfang unserer Erörterungen, erstens weil es von den zu behandelnden Mächten bisher am wenigsten berücksichtigt wurde und daher ein großes Informationsbedürfnis bestand, zweitens aber – und vielleicht wichtiger – weil gerade der Blick auf diese eher vernachlässigte Macht und ihre tatsächliche Bedeutung zwingt, bisherige Vorstellungen zu hinterfragen und die eigene Sicherheit gedanklich auf eine Basis zu stellen, die von der eigenen Randlage im geostrategischen Rahmen und dem entsprechenden Verlust an Bedeutung ausgeht. Dies bedeutet einen gewaltigen gedanklichen und psychologischen Umschwung. Wir erkennen daraus die primäre Bedeutung der Analyse von Meinungen und Gedankenmustern als Grundkomponenten von Wahrnehmungen und Handlungen. Das dürfte die Notwendigkeit einer unbedingten, grundsätzlichen Erörterung oder gar Infragestellung der Parameter und der Fragestellungen jeglicher Sicherheitsdiskussion und -doktrin unterstreichen. Wie wichtig dies ist, zeigt beispielsweise eine prominent besetzte Konferenz in den USA, auf die Herr Kollege Rothermund aufmerksam machte: Diese behandelte das Verhältnis zwischen Indien und China und seine Bedeutung für die USA.⁴ Einen solchen Stellenwert genießt Indien in Europa noch nicht.

Schließlich sei noch speziell im Zusammenhang mit Indien und seiner tatsächlichen Bedeutung für ein europäisches Strategiekonzept darauf hingewiesen, dass das Wahrnehmungsdefizit, welches wiederholt und besonders für das deutschsprachige Europa festgestellt wurde, unter anderem auch auf einem Informationsdefizit zu beruhen scheint, das durch die unbefriedigende Berücksichtigung des zeitgenössischen Südasiens im akademischen Betrieb der deutschsprachigen Länder bedingt ist.

Univ.-Prof. Dr. Rahul Peter Das, geboren 1954 in Haan (Rheinland), übersiedelte 1957 nach Kalkutta in Indien. Dort erfolgte seine Ausbildung bis zur bestandenen Pre-Medical Examination der Universität Kalkutta. 1974 nach Deutschland zurückgekehrt, holte er das deutsche Abitur nach und studierte zuerst in Köln und danach in Hamburg Indologie, Islamwissenschaft und Tamilistik. 1981 erwarb er an der Universität Hamburg den Magistertitel, dort erfolgten auch 1985 die Promotion und 1993 die Habilitation. Während dieser Zeit, von 1981 bis 1994, übte Professor Das Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten in Hamburg, Bonn und Groningen (Niederlande) aus. 1994 erfolgte der Ruf als Professor für Neuindische Philologie an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, wo 2000 das neue Fach "Sprachen und Kulturen des neuzeitlichen Südasiens" eingerichtet wurde.

¹ Zitiert aus: Heinrich Schneider, "Sicherheit und Solidarität in Europa", in: Ethica 2000. Jahrbuch des Instituts für Religion und Frieden, Wien (Institut für Religion und Frieden beim Militärbischöfamt) 2001, S. 61-76.

² Hans-Joachim Spanger, Die Wiederkehr des Staates. Staatszerfall als wissenschaftliches und entwicklungspolitisches Problem, Frankfurt am Main (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) 2002 (HSFK-Report 1/2002), S. 26f.

³ Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York (Free Press) und Toronto (Maxwell Macmillan Canada) 1992.

⁴ Justin Sommers (Hrsg.), The India-China Relationship: What the United States Needs to Know. Conference Report November 30, 2001, New York (Asia Society/Woodrow Wilson International Center for Scholars) 2002.